

Vier Parteien beziehen Position zur Freiberuflichkeit in der EU

Wer kämpft für unsere Freiberufler in Europa?



Das Gebäude des Europaparlaments in Straßburg. Die Wahl 2019 findet in allen EU-Mitgliedstaaten gleichzeitig statt. Es ist der reguläre Wahltermin nach fünf Jahren. Wahlberechtigt sind alle EU-Bürger, die älter als 18 Jahre sind und mindestens drei Monate in der EU gewohnt haben. Bei dieser Europawahl sind insgesamt rund 60,8 Millionen Deutsche wahlberechtigt. Daneben können zusätzlich 3,9 Millionen weitere Bürger der Europäischen Union, die in Deutschland leben, hierzulande an die Wahlurnen treten.

Vom 23. bis 26. Mai 2019 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zum neunten Mal das Europäische Parlament. Der Präsident des Verbandes Freier Berufe, *Michael Schwarz*, appelliert, bei der Europawahl die Stimme für die Freiberuflichkeit abzugeben: »Wir brauchen eine starke Vertretung in Europa. Denn

dort entscheidet sich, ob unser einzigartiges und erfolgreiches System der Selbstverwaltung mit seinem Kammerwesen, seinen Berufsregeln und seiner daraus resultierenden kompromisslosen Qualitätsorientierung Bestand hat. Dort entscheidet sich auch, ob eine bayerisch-deutsche Vertretung in Europa stark genug ist, den Angriffen

auf die Freiberuflichkeit durch europäische Harmonisierer zu widerstehen.« Der Verband hat bayerische Spitzenkandidaten und -kandidatinnen aufgefordert, zu vier Thesen im Zusammenhang mit der Freiberuflichkeit in Europa Position zu beziehen. ●

Hinweis

Bis zur Druckabgabe lag von Seiten der BayernSPD keine Stellungnahme vor!

- 1 *Wie werden Sie den Wert unserer Selbstverwaltung und unserer Berufsrechte in Europa bewahren?*
- 2 *Wie wollen Sie die Qualität freiberuflicher Arbeit sichern, sollte das Fremdkapitalverbot in Deutschland fallen?*
- 3 *Werden Sie sich auf europäischer Ebene für eine gesetzlich festgelegte Definition der Freien Berufe einsetzen?*
- 4 *Wie wollen Sie den in Zeiten zunehmender Digitalisierung notwendigen Datenschutz vorantreiben, ohne die Freien Berufe mit unnötiger Bürokratie zu belasten?*



Manfred Weber

CSU

- 1 Die CSU steht zur Selbstverwaltung und will sie weiter stärken. Der Staat soll nur dort tätig werden, wo Selbstregulierung und Selbstverantwortung nicht greifen. Die positive wirtschaftliche Entwicklung der Freien Berufe in Bayern zeigt, dass das Modell der Selbstverwaltung gut funktioniert. Eine Abweichung der europäischen Standards würde nicht nur zu einem Qualitätsverlust führen, sondern auch einen erheblichen organisatorischen und finanziellen Zusatzaufwand und eine Ausdehnung staatlicher Kontrollen bedeuten. Wir wollen die Selbstverwaltung auf europäischer Ebene daher weiter stärken, unnötige Bürokratie abbauen und die Chancen der Digitalisierung im Dienstleistungssektor noch besser nutzbar machen.
- 2 Wir wollen, dass die verschiedenen Finanzierungsformen grundsätzlich auch Freien Berufen zur Verfügung stehen. Die Berufsrechte setzen aber der Fremdkapitalbeteiligung klare Grenzen – etwa bezüglich der Qualität des Fremdkapitalgebers. Wir halten es für richtig, dass diese Regeln je nach Art der freiberuflichen Tätigkeit differenziert sind und beispielsweise Wirtschaftsprüfer anders als Apotheker behandelt werden. Die fachliche Unabhängigkeit des Freiberuflers muss gewahrt werden.
- 3 Die Freien Berufe leisten wichtige Beiträge für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft. Sie stehen mit ihrer großen Breite und Vielfalt beruflicher Tätigkeiten für eine Kultur von Unternehmertum und Leistungsbereitschaft, für Innovation und Wachstum sowie für Arbeits- und Ausbildungsplätze. Eine abschließende und umfassende Legaldefinition der freiberuflichen Tätigkeit auf europäischer Ebene scheint uns aufgrund der Vielzahl von heterogenen Berufen und beruflichen Ausprägungen sowie des laufenden Wandels und der Entstehung neuer Berufe eher schwer möglich. Wir wollen dies dennoch wohlwollend prüfen. Unser Ziel ist, die Attraktivität der Freien Berufe und die Grundlage ihres wirtschaftlichen Erfolgs – die Qualität – auch in Zukunft auf einem hohen Niveau halten zu können. Wir bleiben ein verlässlicher Partner für unsere Leistungsträger.
- 4 Mit dem Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung wurden europaweit einheitliche Standards geschaffen, um den Schutz persönlicher Daten auch im Zeitalter der Digitalisierung zu gewährleisten. Wir werden die Auswirkungen der Verordnung in der Praxis genau beobachten und dort, wo diese über das Ziel hinausschießt und bürokratische Hürden unternehmerische Freiheit unnötig einengen, gegensteuern. Wir setzen auf einen Datenschutz mit Augenmaß und behalten stets die Alltagssituation im Blick. Für uns sind die Vertreter der Freien Berufe in erster Linie Dienstleister und nicht Datenverarbeiter.



Terry Reintke

Bündnis 90/Die Grünen

- 1 Die Freien Berufe sind durch ihre spezifischen Qualifikationsanforderungen und ihre Berufsordnungen Garant für Qualität und Verbraucherschutz. Dieses Erfolgsmodell für die Freien Berufe wie auch für die Verbraucher*innen, gilt es immer wieder klug weiterzuentwickeln. Dabei sollen das hohe Verbraucherschutzniveau, die Qualität der Dienstleistungen, das System der Selbstverwaltung und die Qualität der Berufsausbildung gewahrt bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Länder ihre Konditionen für das Anbieten von Dienstleistungen bei Wahrung des fairen Wettbewerbs weiterhin selbst regulieren.
- 2 Es gibt von Seiten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aktuell kein Vorhaben, das Fremdkapitalverbot für die Freien Berufe in Deutschland zu streichen. Davon unabhängig werden sich mit dem digitalen Wandel und den Herausforderungen der Klimakrise die Qualifikationsanforderungen und auch die Geschäftsfelder für Freie Berufe, wie Architekt*innen, Programmierer*innen, Effizienzberater*innen erheblich verändern, darauf muss die berufliche Aus- und Weiterbildung reagieren, um die Qualität freiberuflicher Arbeit zu sichern. Wir setzen uns für eine Arbeitsversicherung ein, die alle Erwerbstätigen und Betriebe präventiv und intensiv mit Qualifikation und Beratung unterstützt.
- 3 Angesichts der Vielfalt der Strukturen und unterschiedlicher Traditionen in den EU-Mitgliedstaaten wäre eine allgemeine Definition unserer Meinung nicht hilfreich.
- 4 Die Datenschutzgrundverordnung erlaubt es durchaus, die Verwaltung und Behörden serviceorientierter zu gestalten: Mit dem Once-Only-Data-Prinzip sollen Nachweise und Informationen nicht mehr doppelt und dreifach irgendwo eingereicht werden müssen, die Verwaltung soll bei Anträgen oder ähnlichem alle benötigten Unterlagen selbst zusammenstellen. Für eine schnelle Umsetzung des Once-Only-Prinzips setzen wir uns ein und wollen damit auch Freie Berufe von bürokratischen Anforderungen deutlich entlasten.



Ulrike Müller

Freie Wähler

- 1 Sämtlichen Bestrebungen der Europäischen Union die Zugangsvoraussetzungen für Freiberufler infrage zu stellen, treten wir entschieden entgegen. Zum Kernprofil der Freiberufler gehören ihre Professionalität, die Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl sowie strenge Selbstkontrolle und Eigenverantwortlichkeit. Deswegen stehen wir zum qualifikationsgebundenen Berufszugang, der Gewährleistung der bestehenden Kosten- und Honorarverordnungen sowie der Sicherung mittelstandsfreundlicher Vergabeverfahren für Architekten und Ingenieure.
- 2 Wir setzen uns für die Beibehaltung des Fremdkapitalverbots ein. Das Verbot von Fremdkapitalbeteiligungen in Form von Private-Equity-Gesellschaften zählt zu den Grundpfeilern der Berufsausübung der Freien Berufe. So werden wir im Gesundheitsbereich Versorgungslücken nur in Zusammenarbeit mit freiberuflichen Haus- und Fachärzten, Hebammen, Apothekern und Therapeuten verhindern können. Auch die Unabhängigkeit der Berufsausübung bei Steuerberatern, Architekten und Rechtsanwälten kann nur gewährleistet werden, wenn diese frei von den wirtschaftlichen Interessen Dritter agieren.
- 3 Wir setzen uns für eine gemeinsame europäische Definition der Freien Berufe ein, welche zum Ziel haben sollte, einheitliche Qualitäts- und Evaluationsmerkmale zu definieren. Freiberufler erbringen aufgrund ihrer besonders hohen Qualifikation ihre Leistung persönlich, eigenverantwortlich und fachlich unabhängig. Diese Merkmale wollen wir erhalten und zukunftsorientiert weiterentwickeln.
- 4 Wir setzen uns für eine mittelstandsfreundliche Überarbeitung des europäischen Datenschutzrechts ein. Die neuen Auflagen sind sehr bürokratisch. Gerade mit Blick auf die E-Privacy-Verordnung gilt es Spielräume für Innovation und digitale Geschäftsmodelle zu erhalten. Auf Europaebene wollen wir eine hochrangige Arbeitsgruppe mit Praktikern des Mittelstands, der Digitalwirtschaft und auch des Ehrenamts einsetzen, um Vorschläge für praktikable Reformen zu unterbreiten.



Nadja Hirsch

FDP

- 1** Freie Berufe haben und werden auch weiterhin eine wichtige und zentrale Rolle in unserer Gesellschaft spielen. Als wichtige Säule im wirtschaftlichen Umfeld schaffen sie zudem Beschäftigung und tragen maßgeblich zu unserem wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erfolg bei. Wir als Liberale setzen uns daher auf allen politischen Ebenen dafür ein, die Freiberuflichkeit zu stärken und die qualitätsorientierte Selbstverwaltung zu erhalten. In den einzelnen Mitgliedsstaaten haben sich insbesondere hinsichtlich der Berufsstandsorganisation und der Leistungserbringung unterschiedliche Selbstverwaltungssysteme bewährt. Diese Unterschiedlichkeit gilt es bei der europäischen Rechtssetzung zu berücksichtigen. In Deutschland setzen wir uns seit langem für den Erhalt der Gebühren- und Honorarordnungen, aber auch der berufsständigen Versorgungswerke ein. Grundlage eines fairen Wettbewerbs ist die Sicherung und Stärkung der Freizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit für Freiberufler und Selbstständige. Zudem gilt es den Fokus auf die steigende Steuerlast, die Freiberuflern zu schaffen macht, zu richten. Eine Ausdehnung der Gewerbesteuerpflicht halte ich daher für nicht zielführend. Zur Gewährleistung der freien Entfaltung und wirtschaftlichen Entwicklung der Freien Berufe gehört zudem ein konsequenter Bürokratieabbau. Auf europäischer Ebene schlagen wir die Einführung eines »one in, two out« Prinzips, vor, während wir uns in der Bundespolitik für eine Vereinfachung der Mindestlohndokumentationspflichten und kürzere Aufbewahrungsfristen für steuerliche Unterlagen einsetzen.
- 2** Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Freien Berufe erhalten müssen. Es liegt im öffentlichen Interesse die hohen Standards in Qualität, Sicherheit und Verbraucherschutz der von Freiberuflern erbrachten gemeinwohlorientierten Dienstleistungen vor dem Einfluss berufs fremder Interessen zu bewahren. Das Verbot von Fremdkapitalbeteiligung gewährleistet genau dies, wir Liberale werden uns ausdrücklich für dessen Erhalt einsetzen.
- 3** Eine europaweit einheitliche Legaldefinition der Freien Berufe halte ich für erstrebenswert, würde sie nicht nur den besonderen gesellschaftlichen Mehrwert dieses Berufsstandes unterstreichen, sondern auch dafür sorgen, dass die Belange der Freiberufler auf europäischer Ebene stärker Gehör fänden. Eine gemeinsame Definition könnte dabei an bereits bestehende Legaldefinitionen aus den nationalen Rechtsrahmen oder auch Verbandsvorschlägen anknüpfen, dürfte aber vor dem Hintergrund des laufenden Wandels unserer Arbeitswelt das Entstehen neuer freiberuflicher Tätigkeiten nicht verhindern.
- 4** Als Liberale möchte ich mich für sinnvolle Rahmenbedingungen für die Ausübung von Freien Berufen einsetzen. Den Einsatz neuer Technologien und sachgerechter Digitalisierung möchte ich hierbei unter Berücksichtigung des nötigen Datenschutzes fördern, ohne jedoch neue unnötige bürokratische Hürden zu schaffen. Mit der DSGVO hat Europa bereits eine internationale Vorreiterrolle im Datenschutz und der Datensouveränität eingenommen. Bei der Umsetzung haben sich allerdings einige Schwierigkeiten gezeigt, daher gilt es die DSGVO zu evaluieren und konsequent weiterzuentwickeln. Die Liberalen werden insbesondere darauf achten, dass die Auswirkungen der einzelnen Verpflichtungen auf kleine und mittlere Unternehmen, Freiberufler und Selbstständige und deren Belange berücksichtigt werden. Zudem sprechen wir uns dafür aus, vermehrt europäische Forschungsmittel in die Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur zu investieren, um datenschutzrechtlich ebenso wirksame, aber weniger aufwändige technische Alternativlösungen zukünftig stärker zu berücksichtigen.